

**am Samstag, 21. April 2012,
in der Kulturgießerei
An der Reihe 5, 15566 Schöneiche bei Berlin**

Was wächst denn da? – Die Wissenschaftslandschaft als Wachstumsmotor Brandenburgs

Von den Voraussetzungen her bietet Brandenburg gute Bedingungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre. Das Land verfügt über hochkarätige, vorwiegend aus Bundesmitteln finanzierte Forschungsinstitute und die räumliche Nähe zum Wissenschaftsstandort Berlin. Dem gegenüber stehen die drei Universitäten, fünf Fachhochschulen und die Kunsthochschule, denen die finanzielle Ausstattung für Kooperationen auf Augenhöhe mit den Forschungsinstituten fehlt. Brandenburg rangiert seit Jahren auf dem letzten Platz bei den Ausgaben pro Studierende und die Hochschulhaushalte sind ausweislich des Mittelverteilmodells zu weniger als 80 % ausfinanziert. Auch in der Betreuungsrelation zwischen ProfessorInnen und Studierenden trägt Brandenburg deutschlandweit die rote Laterne.

Nahezu Einigkeit besteht in den hochschulpolitischen Papieren und Reden aller brandenburgischen Parteien, dass die Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Brandenburg die Investition in Bildung und Wissenschaft ist. Nicht einig ist man sich jedoch darüber, wie Bildung und Wissenschaft als staatliche Aufgabe politisch eingelöst und ausreichend finanziert werden sollen, ganz zu schweigen von einer längerfristigen Perspektive zum Ausbau eines zukunftsfähigen Bildungs- und Wissenschaftssektors in Brandenburg.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg legen hiermit ein Papier vor, das einen Einstieg in die Diskussion bieten soll, wie eine attraktive und leistungsstarke Hochschulregion Brandenburg-Berlin auf- und ausgebaut werden kann.

Die in Brandenburg und Berlin entstandene Wissenschaftsregion bietet insbesondere für Brandenburg die Grundlage für eine qualitative und nachhaltige Entwicklung. Unser Ziel ist ein kooperativer Hochschulverbund in der Region, der vorhandene Ressourcen an Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch Schwerpunktbildung und Vernetzung bündelt und Fächerredundanzen vermeidet, den Austausch, gegenseitige Anerkennung und flexible Übergänge befördert und zu einem tragfähigen Dreieck ausbaut, das qualifizierte Bildung und Ausbildung sichert und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region zukunftssicher macht.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) möchte in den zu aktualisierenden Hochschulentwicklungsplänen mit den Hochschulen Brandenburgs mittelfristig ein Studienplatzangebot von 9.000 für Studienanfänger und ein Gesamtstudienplatzangebot von 50.000 bis zum Jahr 2015 festschreiben. Auch Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wollen Gestaltungsspielräume und Internationalität der Hochschulen stärken, die Zahl der HochschulabsolventInnen steigern und gute Studienbedingungen schaffen und sichern. Dazu

gehören ausreichend Studienplätze in zukunftsfähigen, interdisziplinären und nachgefragten Studiengängen.

Wir reden über Geld

Die Landesregierung muss sich entscheiden: wenn sie den Erhalt der Studienplätze will, wird sie dafür Geld in die Hand nehmen müssen.

- Die Steuerung der Entwicklung von Hochschulen darf nicht über intransparente ad-hoc-Gewährung oder Entzug finanzieller Ressourcen geschehen, sondern muss im Rahmen eines vom Landtag beschlossenen Landeshochschulentwicklungsplans, auf der Grundlage eines für alle Beteiligten transparenten und verbindlichen Verteilungsschlüssels und von Zielvereinbarungen erfolgen.
- Eine solide und langfristig gesicherte Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen erreichen wir über Globalhaushalte der Hochschulen, die den *tatsächlichen* Bedarf an Sach-, Personal- und Investitionsausgaben decken. Erst das macht inhaltliche Schwerpunktsetzungen und die Planung der Personal- und Sachausstattung über mehrere Jahre hinweg in eigener Verantwortung überhaupt möglich.
- Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, mehr Gelder als bisher aus Bundes- und EU-Förderprogrammen zur Verbesserung von Lehre und Forschung, zur Schwerpunktbildung und hochschulübergreifenden wie internationalen Vernetzung einzuwerben und diese mit Landesmitteln gegen zu finanzieren. Die Verwendung von Hochschulpaktmitteln des Bundes zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verbietet sich von selbst. Wir erwarten auch ein starkes Auftreten der Landesregierung bei der Diskussion um die Lockerung des Kooperationsverbotes.
- Eine zukunftsorientierte Hochschulfinanzierung wird auch stärker auf Drittmittel setzen (müssen). Zunächst muss jedoch die Drittmittelfähigkeit der Hochschulen durch Investitionen gestärkt werden – Brandenburg bildet jedoch bundesweit das Schlusslicht bei den Ausgaben des Bruttoinlandsproduktes für den Hochschulbereich.
- Das Überlastprogramm, welches seit Jahren die hohen Studierendenzahlen in Brandenburg abfedern soll, läuft in 2013 aus. Um die von der Landesregierung geplanten hohen Studierendenzahlen zu halten und erfolgreich aufgebaute Studiengänge nicht zu gefährden, muss die Lehrkapazität, die über das Programm finanziert wurde in die normale Struktur überführt und verstetigt werden.
- Das Mittelverteilmodell und seine Parameter sollten überarbeitet, die Kappungsgrenzen überdacht und das Modell an die aktuellen Gegebenheiten und hochschulpolitischen Ziele angepasst werden.
- Die Möglichkeiten für Hochschulen, zweckgebundene Rücklagen aufzubauen muss weitestgehend flexibilisiert und die Rücklagen gesetzlich vor einem Zugriff des Ministeriums geschützt werden.
- Ein absolutes Tabu bei der Frage der Hochschulfinanzierung muss die Einführung von Studiengebühren sein und bleiben.
- Es muss auch abgesichert werden, dass die Hochschulen nicht die Zeche für die verfehlte Verbeamtungspolitik des Landes Brandenburg zahlen, d.h. dass Pensionslasten selbstverständlich weiterhin vom Landeshaushalt ohne Deckungsbeiträge im entsprechenden Einzelplan getragen werden müssen.
- Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur W-Besoldung wird den Bundesländern auch die Frage der Besoldung von ProfessorInnen auf die Tagesordnung

gesetzt. Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich klar zu einer modernen Vergütungsstruktur, die Leistung statt Älterwerden belohnt. Hier ist die Landesregierung gefordert, ein Konzept für eine leistungsorientierte Besoldung von ProfessorInnen zu erarbeiten und ausreichend Mittel hierfür bereit zu stellen. Nur so kann sich Brandenburg ernsthaft dem Wettbewerb um die besten Köpfe und dem Arbeitsmarkt stellen.

Wir reden über Autonomie

Über die konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung und Veränderung der Hochschulen und die Einrichtung, Veränderung bzw. Schließung von Studiengängen sollte im Zusammenwirken der beteiligten Hochschulen mit dem Landesparlament, dem Ministerium und dem Landeshochschulrat/Hochschulstrukturkommission entschieden werden, um zwischen gesellschaftlichem Bedarf, politischer Verantwortung, fachlicher Kompetenz und übergeordneter Planung und Koordinierung einen vermittelnden Weg zu finden. Ansatzpunkte für entsprechende Konzepte sind aus dem für Mai dieses Jahres angekündigten Bericht der Hochschulstrukturkommission zu erwarten. Der Landeshochschulrat sollte durch die Hochschulstrukturkommission als dauerhaftes Gremium abgelöst werden, die in regelmäßigen Abständen die Hochschullandschaft evaluieren und Empfehlungen abgeben könnte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, die Hochschullandschaft in der Lausitz als regionalen Wachstumsmotor zu erhalten. Der Bericht der Lausitz-Kommission macht ebenso wie schon die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 2002 deutlich, dass für ein nachgefragtes, überregional konkurrenzfähiges Hochschulangebot mit einem klaren Ausbildungs- und Forschungsprofil eine sehr viel engere Zusammenarbeit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) mit der Hochschule Lausitz (HSL) erforderlich ist. Ausgehend von den Stärken und Schwächen der Hochschulen hat die Kommission hierfür eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie Fächer, Studienangebote etc. neu gegliedert werden sollen. Zurzeit wird intensiv darum gerungen, wie diese Vorschläge der Kommission am besten umzusetzen sind.

Bedauerlicherweise hat Ministerin Kunst mit ihrem unabgestimmten Vorschlag, die beiden Hochschulen in der Lausitz müssten fusionieren und ihrem nun wieder abrupten Zurückrudern, Vertrauen auf allen Seiten zerstört und die Bereitschaft für eine gemeinsame und zukunftsfähige Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in der Lausitz deutlich gesenkt. Wenngleich die Defizite seit zehn Jahren bekannt sind und der Bericht der Lausitz-Kommission überaus deutlich macht, wie umfassend und dringlich der Veränderungsdruck ist, legitimiert dies nicht das überstürzte Handeln der Ministerin, bei dem die Akteure vor Ort außen vor gelassen wurden.

Bündnis 90/Die Grünen fordern daher ein Moratorium für den Neugestaltungsprozess, um die Hochschullandschaft in der Lausitz in das Gesamtkonzept Hochschullandschaft in Brandenburg einzubetten. Dies bedeutet auch, dass Ministerin Kunst von dem geplanten Zeitplan, noch im Sommer eine Fusion in die Wege zu leiten, Abstand nehmen muss. BTU und HSL müssen die Möglichkeit bekommen, in einem angemessenen Zeitraum öffentlich bewertbare Vorschläge bzw. ein Konzept zu erarbeiten, wie sie die Empfehlungen der Lausitz-Kommission umsetzen wollen. Gleichermaßen muss die Ministerin ihren Verfahrensvorschlag umfassend begründen und endlich mit den Beteiligten erörtern. Wir erwarten, dass die nun angekündigte Partizipation der AkteurInnen vor Ort auch tatsächlich praktiziert wird, um sie zu einer konstruktiven Mitarbeit zu gewinnen. Dazu gehört, dass die handelnden Personen sich auf ein Moderationsteam einigen, das einen solchen Prozess in geeigneter Weise gestalten kann. Nur so kann es eine breit getragene und erfolversprechende Lösung geben.

Solange die Vorschläge von BTU und HSL nicht vorliegen, gibt es keine Grundlage, eine sachgerechte Entscheidung über den einzuschlagenden Weg zu treffen.

Mit der Hochschulautonomie muss endlich Ernst gemacht werden. Hochschulen sind keine „nachgeordneten“ Behörden und dürfen nicht länger als solche behandelt werden. Wir fordern daher

- Die Herausnahme der Hochschulen aus der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg und den damit verbundenen Stelleneinsparungszielen
- die Aufhebung der Stellenplanbindung und die Ausfinanzierung der zugewiesenen Personalstellen inklusive Tarifsteigerungen,
- die Dienstherrneigenschaft für alle brandenburgischen Hochschulen bezogen auf die ProfessorInnen,
- die grundsätzliche Entbindung der Hochschulen vom Verfahren nach der Richtlinie des Landes Brandenburg zur Besetzung von Arbeitsplätzen und Dienstposten und
- die Beschränkung der Wissenschaftsverwaltung im Wesentlichen auf Koordinationsaufgaben und die Rechtsaufsicht, sowie die Abschaffung der engen Berichtspflichten und Genehmigungsvorbehalte. Die hierbei und durch Aufgabenverlagerung an die Hochschulen (z.B. durch die Übertragung des Berufungsrechts) freigewordenen Personalkapazitäten im Ministerium könnten auf die Hochschulen verteilt und so ein spürbarer Beitrag zur notwendigen Steigerung der Effizienz und Verringerung des Personalaufwandes im Öffentlichen Dienst geleistet werden.

Hochschulen sind auch der Ort, an denen Demokratie und demokratische Strukturen im täglichen Umgang miteinander erlernt und gelebt werden. Bündnis 90/Die Grünen stehen für die demokratisch verfasste Hochschule, die eine qualifizierte, d.h. auch entscheidungsrelevante Mitbestimmung von Studierenden, Lehrenden und nichtwissenschaftlichem Personal gewährleistet. Undemokratische und nicht legitimierte Strukturen wie Professorien gehören abgeschafft, notfalls durch ein klares Bekenntnis im Hochschulgesetz, dass Entscheidungen im Bereich Studium, Lehre und Forschung transparent und nur in paritätisch besetzten Gremien getroffen werden können.

Wir reden über Arbeitsplätze

Die brandenburgischen Hochschulen gehören, was die Zahl ihrer Beschäftigten angeht, mit zu den größten Unternehmen im Land.

- Durch einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag können die Besonderheiten und Anforderungen des Wissenschaftsbereichs in flexibleren Arbeitsverhältnissen und leistungsbezogener Entlohnung abgebildet werden.
- Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich gibt den wissenschaftlichen Einrichtungen die notwendigen Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung an die Hand und kann vorhandene Spezifika abbilden. Perspektivisch muss die Möglichkeit der Verbeamtung von Professorinnen und Professoren abgeschafft werden.
- Auch sollten Hochschulen als Arbeitsgeberverbund Tarifhoheit bekommen. Nur so sind durch Tarifvereinbarungen gesicherte hochschul- und wissenschaftsspezifische Beschäftigungs-verhältnisse zu erreichen.

Und wir reden über die Zukunft von Brandenburg

Es muss gelingen die Hochschullandschaft Brandenburgs wieder wettbewerbsfähig zu machen und Hochschulen mit einem alle Fakultäten und die Verwaltung umfassenden Selbstverständnis als regionaler Innovator zu begreifen. Neue Technologien, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen in enger Zusammenarbeit von Hochschule und Unternehmen oder durch die Gründung neuer Unternehmen aus den Hochschulen. Entsprechend unterstützende Strukturen in den Hochschulen sind weiter zu entwickeln und dauerhaft zu finanziell abzusichern. Lehre und Forschung an unseren Hochschulen müssen Priorität haben, denn hiermit gilt es Brandenburg zukunftssicher und wettbewerbsfähig zu halten. Dem demographischen Wandel und dem fehlenden Industriestandort Brandenburg können wir nur auf diesem Wege begegnen. Vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Attraktivität von Studienplätzen in Brandenburg und der Umsetzung des Bologna-Prozesses treten Bündnis90/Die Grünen dafür ein, eine stärkere Verzahnung der in Deutschland traditionell bestehenden, aber in Profil und Qualifikationszielen kaum noch voneinander abgrenzbaren Hochschultypen Universität und (Fach-)Hochschule in Kooperations- und Fusionsmodellen zu erproben. Von der Verknüpfung der unterschiedlichen Kompetenzbereiche beider Hochschultypen versprechen wir uns positive Effekte und eine nachhaltige Neuausrichtung in der Wissenschaftspolitik.